

# Willkommen zum 13. Fachkongress in Hannover 2025



Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres und Sport

IT-PLANUNGSRAT



**Digitalisierung –  
einfach machen**





# Aufgaben der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Auszug)

- überwacht die Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und anderer Vorschriften über den Datenschutz und setzt diese durch
- geht Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nach
- berät das Abgeordnetenhaus, die Landesregierung und andere Einrichtungen und Gremien in Fragen des Datenschutzes
- führt Datenschutzüberprüfungen durch
- sensibilisiert die Öffentlichkeit für Risiken, Vorschriften, Garantien und Rechte im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung, insbesondere Kinder
- kann bei Datenschutzverstößen Verwarnungen aussprechen bzw. die Einstellung von Verarbeitungsvorgängen anordnen
- kann bei schwerwiegenden Verstößen privater Stellen Bußgelder verhängen

# Gliederung des Vortrags

1. Bedeutung des OZG 2.0 für die Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen
2. »Einer für Alle«-Prinzip (EfA) bei der Umsetzung von OZG-Leistungen
3. Der Berliner »Standardprozess Datenschutz für öffentliche Digitalisierungsvorhaben« als Diskussionsgrundlage
4. Schlussbemerkungen

# Bedeutung des OZG 2.0 für die Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen (1)

- § 2 Abs. 8 OZG definiert die (länderübergreifenden) **Onlinedienste**.
- Das »**Einer für Alle**«-Prinzip (EfA) wird als zentrales Nachnutzungsmodell etabliert und ermöglicht das arbeitsteilige Vorgehen, d. h. ein Land entwickelt einen Onlinedienst, andere Länder können diesen nachnutzen (vgl. § 2 Abs. 8 Satz 3 OZG).
- § 8 a OZG enthält die **Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung** (z. B. Offenlegung, Zwischenspeicherung) in einem länderübergreifenden Onlinedienst.
- Zentrale Regelung in § 8 a Abs. 4 OZG: Zuweisung der **datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit** im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO für die Datenverarbeitung im länderübergreifenden Onlinedienst an die den länderübergreifenden Onlinedienst betreibende Behörde.

# Bedeutung des OZG 2.0 für die Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen (2)

- Die den Onlinedienst betreibende Behörde ist datenschutzrechtlich verantwortlich im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Onlinedienst.
- **Folge:** Die den Onlinedienst betreibende Behörde hat die datenschutzrechtlichen Anforderungen zu betrachten und die Dokumentation zu erstellen, dazu gehören z. B.
  - Datenschutzkonzept, Risikoanalyse und ggf. Datenschutzfolgenabschätzung,
  - Erarbeitung von Verfahrensweisen zur Gewährleistung der Betroffenenrechte,
  - Dokumentation der technischen und organisatorischen Maßnahmen.

# Bedeutung des OZG 2.0 für die Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen (3)

- **Vorteil:** klare Abgrenzung auch der datenschutzrechtlichen Aufsichtszuständigkeit
- **Aber:** Neben der den Dienst betreibenden Behörde bleibt die nachnutzende Behörde für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im jeweiligen Fachverfahren verantwortlich.
- § 8 a Abs. 4 Satz 1 OZG: *»Die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit der Behörde, an die zum Zwecke der Durchführung des Verwaltungsverfahrens personenbezogene Daten übermittelt werden, bleibt unberührt.«*
- Nachnutzende Behörde ist **verantwortlich** für die Verarbeitung der mittels Online-Formular durch die betreibende Behörde offengelegten personenbezogenen Daten im Fachverfahren.





# »Einer für Alle«-Prinzip (EfA) bei der Umsetzung von OZG-Leistungen (1)

- Das »Einer für Alle«-Prinzip (EfA) erfordert das arbeitsteilige Vorgehen zwischen betreibenden und nachnutzenden Behörden.
- Der »Servicestandard für die digitale Verwaltung« definiert insgesamt 19 ganzheitliche Qualitätsprinzipien für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen.
- Das 5. Prinzip (Datenschutz) des Servicestandard verweist in erster Linie auf den Grundsatz der Datenminimierung und allgemein auf Einhaltung von DSGVO und BDSG.
- **Aber:** keine konkreten Vorgaben, die bei der Prüfung und Umsetzung von Onlinediensten zu berücksichtigen sind

# »Einer für Alle«-Prinzip (EfA) bei der Umsetzung von OZG-Leistungen (2)

- Projekt »Servicestandard 2.0« – Entwicklung der DIN SPEC 66336 »Qualitätsanforderungen für Onlineservices und -portale der öffentlichen Verwaltung (Servicestandard)«, nennt in Abschnitt 5.8 (Datenschutzfreundlichkeit), u. a. folgende Anforderungen:
  - es sollte eine **Datenschutzfolgenabschätzung** durchgeführt werden
  - **Datenschutzkonzept** entwickeln und geeignete technische und organisatorische Maßnahmen festlegen
  - Datenschutz durch **Technikgestaltung** und **datenschutzfreundliche Voreinstellungen**
  - **Transparente Information** und Sicherstellung der **Betroffenenrechte**
- **Aber:** keine Festlegung konkreter Prüfschritte für die Verantwortlichen im Projektverlauf

# »Einer für Alle«-Prinzip (EfA) bei der Umsetzung von OZG-Leistungen (3)

















- **Feststellung:** keine Vorgaben, **wann** im Projektverlauf die Anforderungen zu erfüllen sind und **was** konkret die Verantwortlichen prüfen müssen
- **Folgerungen:**
  - Notwendig ist die Prüfung der für die datenschutzrechtliche Dokumentation erforderlichen Anforderungen **frühzeitig** im Projektverlauf.
  - Möglichst **standardisiertes Vorgehen** in allen OZG-Umsetzungsprojekten.
  - Möglichst **Einbettung** in einen ohnehin zu durchlaufenden standardisierten Prozess.
- **Vorteil:** Sicherheit über Einhaltung der Datenschutzerfordernungen für alle Beteiligten

# Standardisierung am Beispiel des Berliner »Standardprozess Datenschutz bei öffentlichen Digitalisierungsvorhaben« (1)

- Digitalisierungsprojekte in Berliner Behörden:
  - Management von Projekten erfolgt anhand von **Projektmanagementprozessschritten** in fünf Phasen, die einen verlässlichen Rahmen für die Projektdurchführung geben
  - Projektmanagementhandbuch (PHM) des Landes Berlin dient als **methodische Grundlage** für die Durchführung von Digitalisierungsprojekten.
  - **Verpflichtend anzuwenden** für Digitalisierungs- und IKT-Projekte












# Projektphasen nach dem Projektmanagementhandbuch Berlin

Das Projekt vorbereiten: Initialisierungsphase				
 <b>PPS 1'</b> Zuständigkeit für die Projektvorbereitung klären	 <b>PPS 2</b> Zielvision erarbeiten	 <b>PPS 3</b> Projektwürdigkeit prüfen	 <b>PPS 4</b> Projektmanagementvorgehen bestimmen	 <b>PPS 5</b> Projektskizze erstellen und freigeben
Das Projekt starten: Definitionsphase				
 <b>PPS 6</b> Projektverantwortung bestimmen	 <b>PPS 7</b> Projektteam zusammenstellen	 <b>PPS 8</b> Zusammenarbeit im Projektteam regeln	 <b>PPS 9</b> Handlungsleitende Ziele bestimmen	 <b>PPS 10</b> Projektumfeld analysieren
 <b>PPS 11</b> Projektmanagementprozessschritte wählen	 <b>PPS 12</b> Entscheidungsinstanz einrichten	 <b>PPS 13</b> Abstimmungsinstanz einrichten	 <b>PPS 14</b> Lösungsansatz festlegen	 <b>PPS 15</b> Machbarkeitsprüfung durchführen
 <b>PPS 16</b> Projektplanungsauftrag vereinbaren				

Quelle: Das Projektmanagementhandbuch des Landes Berlin, Anlage 1, Kurzübersicht Projektphasen

















# Projektphasen nach dem Projektmanagementhandbuch Berlin

Das Projekt Planen: Planungsphase				
 <b>PPS 17</b> Projektstrukturplan erstellen	 <b>PPS 18</b> Arbeitspakete beschreiben	 <b>PPS 19</b> Ablauf- und Terminplan erstellen	 <b>PPS 20</b> Personalmittel planen	 <b>PPS 21</b> Sachmittel planen
 <b>PPS 22</b> Kostenplan und das Budget erstellen	 <b>PPS 23</b> Projektorganisation festlegen	 <b>PPS 24</b> Chancen- und Risikomanagement implementieren	 <b>PPS 25</b> Stakeholdermanagement implementieren	 <b>PPS 26</b> Qualitätsmanagement einführen
 <b>PPS 27</b> Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit prüfen	 <b>PPS 28</b> Projekt beauftragen			

Quelle: Das Projektmanagementhandbuch des Landes Berlin, Anlage 1, Kurzübersicht Projektphasen



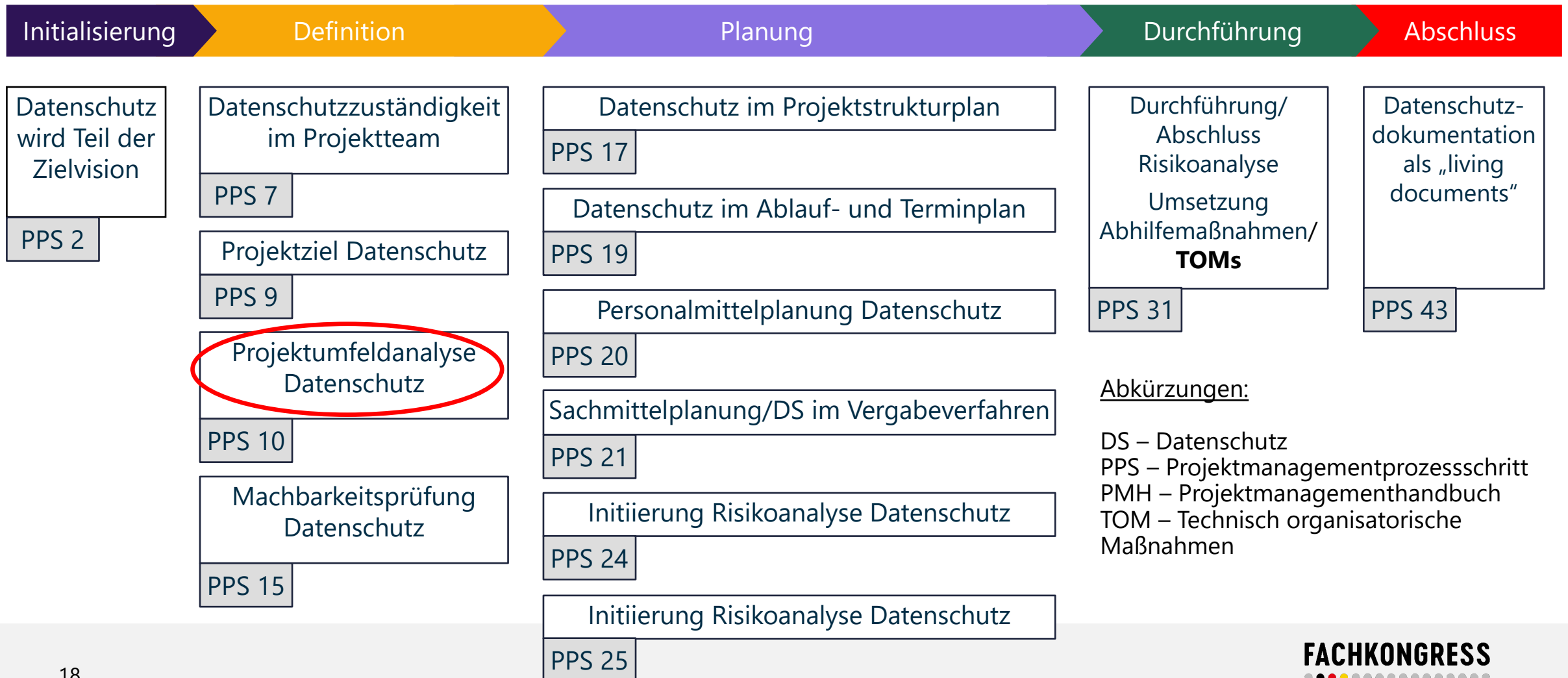
# Projektphasen nach dem Projektmanagementhandbuch Berlin

Das Projekt steuern: Durchführungsphase				
 <b>PPS 29</b> Projekt mit einem Kick-off starten	 <b>PPS 30</b> Projektteam führen	 <b>PPS 31</b> Erreichen der Projektergebnisse steuern	 <b>PPS 32</b> Einhaltung von Ablauf- und Terminplan steuern	 <b>PPS 33</b> Einhaltung von Ressourcen und Kosten steuern
 <b>PPS 34</b> Einheitliche Berichtsstrukturen etablieren	 <b>PPS 35</b> Umgang mit Abweichungen und Veränderungen	 <b>PPS 36</b> Verhältnis von Kosten und Nutzen steuern	 <b>PPS 37</b> Kommunikation mit auftraggebender Stelle bzw. EI	 <b>PPS 38</b> Zusammenarbeit mit der Abstimmungsinstanz
Das Projekt abschließen: Abschlussphase				
 <b>PPS 39</b> Projektergebnisse abnehmen lassen	 <b>PPS 40</b> Projekt evaluieren	 <b>PPS 41</b> Projektbudget abschließen	 <b>PPS 42</b> Abschlussbericht verfassen und abnehmen lassen	 <b>PPS 43</b> Projektdokumentation archivieren
 <b>PPS 44</b> Projektteam auflösen				

Quelle: Das Projektmanagementhandbuch des Landes Berlin, Anlage 1, Kurzübersicht Projektphasen

# Standardprozess Datenschutz

Übersicht Prozessschritte entlang der Projektphasen und PPS des PMH



Abkürzungen:

DS – Datenschutz  
PPS – Projektmanagementprozessschritt  
PMH – Projektmanagementhandbuch  
TOM – Technisch organisatorische  
Maßnahmen

# Standardprozess Datenschutz (Beispiel)

Projektziel: Umsetzung des Datenschutzes

Projektmanagementhandbuch:

PPS 10	Projektumfeld analysieren	
--------	---------------------------	---

Es werden Chancen und Risiken der sachlichen Umfeldfaktoren ermittelt, die Stakeholder für die sozialen Faktoren identifiziert und einer Stakeholderanalyse unterzogen. Das Ergebnis fließt in den Lösungsansatz und in eine mögliche Machbarkeitsprüfung ein.

Projektteam

auftraggebende Stelle

Zielvision

**Handreichung I „Datenschutz in Zielvision, Projektumfeldanalyse und Machbarkeitsprüfung“**

dokumentierte Analyse des Projektumfelds  
(Liste der Risiken und Stakeholder)

## Standardprozess Datenschutz:

Das Projektteam durchläuft eine Vorabprüfung der datenschutzrechtlichen Anforderungen und möglicher Datenschutzrisiken. Hierzu formuliert □ Handreichung I acht Grundsatzfragen, die das Projektteam i. R. d. Analyse der sachlichen und sozialen Umfeldfaktoren berücksichtigen muss.

Der behDSB wird beratend in die Vorabprüfung einbezogen.

Bei Bedarf kann nach Durchführung der Vorabprüfung ein Erstgespräch mit BlnBDI geführt werden.

# Standardisierung am Beispiel des Berliner »Standardprozess Datenschutz bei öffentlichen Digitalisierungsvorhaben« (3)

- Standardprozess wird vertieft durch drei Handreichungen:
  - Handreichung I – »Datenschutz in Zielversion, Projektumfeldanalyse und Machbarkeitsprüfung«
  - Handreichung II – »Datenschutz im Vergabeverfahren«
  - Handreichung III – »Rahmendatenschutzkonzept, Datenschutzkonzept und Datenschutzfolgenabschätzung«
- Handreichungen sollen das Projektteam bei der frühzeitigen Umsetzung unterstützen.
- **Standardprozessschritte** zu den Anforderungen des Datenschutzes als verbindliche Anlage zum Projektmanagementhandbuch aufgenommen.

# Berliner »Standardprozess Datenschutz bei öffentlichen Digitalisierungsvorhaben«

Informationen zum Berliner »Standardprozess Datenschutz bei öffentlichen Digitalisierungsvorhaben« abrufbar unter:

<https://www.datenschutz-berlin.de/themen/behoerden/standardprozess/>



Behörden

## Standardprozess Datenschutz bei öffentlichen Digitalisierungsvorhaben

Bei der Einführung neuer IT-Verfahren und Digitalisierungsprojekten müssen Behörden frühzeitig Datenschutzrisiken erkennen und bereits bei der Planung minimieren. Für die Behörden im Land Berlin hat die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit mit dem Standardprozess Datenschutz einen Leitfaden für die datenschutzkonforme Digitalisierung erstellt. Mithilfe des Standardprozesses können Behörden die Vorgaben des Datenschutzes eigenständig umsetzen und damit ihren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen.



# Kontakt

## **Dr. Claudia Federrath**

BInBDI, Leiterin Abteilung II (Recht)

[federrath@datenschutz-berlin.de](mailto:federrath@datenschutz-berlin.de)

+49 30 13889 0

[www.datenschutz-berlin.de](http://www.datenschutz-berlin.de)



**Danke**

**für Ihre  
Aufmerksamkeit**

Diese Präsentation ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung 4.0 International Public License (CC BY 4.0)